



Zusammenfassung  
der Ergebnisse des Anhörungsverfahrens vom  
11. Januar 2012 bis zum 12. März 2012  
über den Entwurf

**zur Totalrevision der Verordnung über die Ausstellung von  
Reisedokumenten für ausländische Personen**

## Inhaltsverzeichnis

I	Allgemeiner Teil	3
1.	Zusammenfassung der Vernehmlassungsergebnisse	3
1.1	Ausgangslage	3
1.2.	Zusammenfassung der Anhörungsergebnisse zur Totalrevision der Verordnung über die Ausstellung von Reisedokumenten für ausländische Personen	4
1.2.1	Allgemeine Bemerkungen	4
1.2.2	Zu den neuen Reisegründen	4
1.3	Vorgehen bei der Auswertung der Stellungnahmen	7
2.	Verzeichnis der Eingaben	8
II	Besonderer Teil	10
Art. 1	Reisedokumente und Bewilligung zur Wiedereinreise	10
Art. 2	Biometrische Reisedokumente	10
Art. 3	Reiseausweis für Flüchtlinge	11
Art. 4	Pass für eine ausländische Person	11
Art. 5	Identitätsausweis für asylsuchende Personen	12
Art. 6	Reiseersatzdokument	13
Art. 7	Rückreisevisum	13
Art. 8	Reisegründe	14
Art. 9	Schriftenlosigkeit	20
Art. 10	Hinterlegung ausländischer Reisedokumente	20
Art. 11	Rechtswirkungen	21
Art. 12	Gültigkeitsdauer	21
Art. 13	Verfahren für die Ausstellung eines Reisedokuments	22
Art. 14	Verfahren für die Ausstellung eines Rückreisevisums	23
Art. 15	Erfassung von Fotografie und Fingerabdruck	24
Art. 16	Rückgabe und Annullierung von Reisedokumenten	24
Art. 17	Behandlung	25
Art. 18	Verweigerung	25
Art. 19	Verlust	26
Art. 20	Ersatz	27
Art. 21	Entzug	27
Art. 22	Gebühren	28
Art. 23	Besondere Gebühr	29
Art. 24	Abklärungen im Ausland	29
Art. 25	Inkasso	29
Art. 26	Anwendbarkeit der Allgemeinen Gebührenverordnung	30
Art. 27	Informationssystem für Reisepapiere	30
Art. 28	Archivierung der Daten	30
Art. 29	Datenschutz	31
Art. 30	Aufhebung bisherigen Rechts	31
Art. 31	Änderung bisherigen Rechts	31
Art. 32	Übergangsbestimmung zum Rückreisevisum	32
Art. 33	Übergangsbestimmung	32
Art. 34	Inkrafttreten	33

# **I Allgemeiner Teil**

## **1. Zusammenfassung der Vernehmlassungsergebnisse**

### **1.1 Ausgangslage**

Die Verordnung über die Ausstellung von Reisedokumenten für ausländische Personen (RDV) regelt die Ausstellung von Reisedokumenten für ausländische Personen, welche die Flüchtlingseigenschaft aufweisen, staatenlos oder schriftenlos sind. Ausserdem legt sie fest, unter welchen Bedingungen asylsuchende und vorläufig aufgenommene Personen eine bewilligte Wiedereinreise antreten dürfen. Sie bestimmt die Art des Reisedokumentes für die genannten Personengruppen und regelt dessen Ausstellung, Verlust und Entzug sowie die Gebühren.

Seit dem 1. März 2010 können vorläufig aufgenommene Personen uneingeschränkt reisen. Zweck dieser Massnahme war die Förderung der Integration dieser Personen sowie das einfachere Reisen im Schengen-Raum. Das Fehlen jeglicher Reiseeinschränkung wurde indes kritisiert, insbesondere im Rahmen des Postulates Haller Vannini (Reisen in den Herkunftsstaat von vorläufig Aufgenommenen; 11.3047) und der Motion Flückiger-Bäni (Keine Ferientreisen für Flüchtlinge mit Status F; 11.3383). Es wurde festgestellt, dass Personen mit Status F zunehmend und längere Zeit in ihre Heimatstaaten reisen, was allenfalls dem F-Status widersprechen könnte. Eine Arbeitsgruppe des BFM, in der auch Vertreter der Kantone mitwirkten, hat die RDV eingehend geprüft. Es hat sich gezeigt, dass wieder eine differenzierte Gesuchsprüfung für Reisen von vorläufig Aufgenommenen eingeführt werden musste. Zudem sollte der Integration vermehrt Rechnung getragen werden. Mit dem neuen Artikel 8 RDV ist dies geschehen.

Zudem wird vorgeschlagen, den Personen mit Status N oder F, denen das BFM eine Reise bewilligt hat, einen biometrischen Pass für eine ausländische Person auszustellen, wenn sie keine heimatlichen Reisedokumente besitzen. Damit wird eine bessere Sicherheit der Dokumente gewährleistet und die betroffenen Ausländer profitieren zudem von niedrigeren Gebühren. Ausserdem wird eine neue Gebühr eingeführt, welche bei allen ablehnenden Entscheiden betreffend Erteilung von Reisedokumenten erhoben werden kann.

Ferner wird eine neue besondere Gebühr eingefügt. Das BFM verweigert nach Artikel 18 Absatz 2 die Ausstellung eines Reisedokuments oder eines Rückreisevisums, wenn festgestellt wird, dass die ausländische Person ihr Reisedokument in missbräuchlicher Absicht beschädigt hat. Es kommt häufig vor, dass Ausweise gewaschen, zerschnitten oder anderweitig beschädigt werden. Neu kann in solchen Fällen eine Gebühr bis zu Fr. 300.- erhoben werden. Diese dient der Deckung von Kosten in Zusammenhang mit Gutachten oder anderen Abklärungen im Rahmen der Anwendung von Artikel 18 Absatz 2. Demnach wird die Gebühr für Gutachten erhoben, die zur Abklärung, ob die ausländische Person ihr altes Reisedokument gefälscht, verfälscht oder Unberechtigten zum Gebrauch überlassen hat, erstellt werden müssen.

Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement hat am 11. Januar 2012 das Anhörungsverfahren zum Änderungsentwurf eröffnet. Die kantonalen Migrationsämter, die interessierten Kreise und die politischen Parteien konnten bis am 12. März 2012 zur revidierten Verordnung Stellung nehmen.

## **1.2. Zusammenfassung der Anhörungsergebnisse zur Totalrevision der Verordnung über die Ausstellung von Reisedokumenten für ausländische Personen**

### **1.2.1 Allgemeine Bemerkungen**

Fünf politische Parteien, zwanzig Kantone und neunzehn interessierte Organisationen haben zum Entwurf, der in die Anhörung geschickt wurde, Stellung genommen. Auf eine Stellungnahme verzichtet haben die CSP, die ASO und die SVR.

Die grosse Mehrheit der Kantone heisst die vorgeschlagenen Anpassungen auf Verordnungsstufe gut.

FR spricht sich für den klaren und gut durchdachten Revisionsentwurf aus, insbesondere in Bezug auf die Übergangsregelung. ZG heisst die in der Anhörung unterbreitete Totalrevision gut und verlangt ein möglichst baldiges Inkrafttreten.

VS, NE, TI und die KKJPD begrüessen die Revision, mit der die Reisegründe für Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene und Schutzbedürftige klarer und strenger geregelt werden. Dadurch könnten Missbräuche verhindert werden. Mit der Revision werde auch geklärt, welche Dokumente ausgestellt werden können, namentlich in Bezug auf die Pässe für ausländische Personen und die Identitätsausweise. Der Kanton TI hebt hervor, er sei mit Missbräuchen konfrontiert gewesen, bei denen Personen lange abwesend gewesen seien, während die Behörden sie aus verschiedenen Gründen hätten kontaktieren müssen.

Das CP ist damit einverstanden, dass schriftenlosen Personen, denen eine Reise bewilligt wird, ein biometrisches Reisedokument ausgestellt wird. Zudem stimmt es der neuen Gebührenregelung vorbehaltlos zu.

Das UNHCR begrüsst die Tatsache, dass die biometrischen Reisedokumente in die Verordnung aufgenommen worden sind und die Kriterien der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) erfüllen. Das biometrische Dokument erfülle seine Erwartungen, nur der Herkunftsstaat, die Staatsangehörigkeit sowie der Geburtsort sollten darauf nicht aufgeführt sein. Das UNHCR wünscht einen eigenen Ausweis für Staatenlose ohne Flüchtlingsstatus. Ausserdem begrüsst es die Datenschutzbestimmungen.

Grundrechte.ch ist gegen biometrische Reisedokumente. Die zentrale Speicherung biometrischer Daten während zwanzig Jahren sei höchst problematisch. Es bestünde ein Missbrauchsrisiko, die Daten könnten namentlich zu anderen, z. B. polizeilichen Zwecken verwendet werden.

### **1.2.2 Zu den neuen Reisegründen**

Die kantonalen Migrationsämter, FDP, Die Liberalen, die KKJPD, das CP und die CVP stimmen den vorgeschlagenen Reisebeschränkungen gegenüber den vorläufig aufgenommenen Personen zu. SG betont, dass klarere und striktere Regelungen bezüglich der Reisegründe notwendig sind. GE unterstreicht, dass die Kantone mit Missbräuchen konfrontiert sind. Gewisse vorläufig Aufgenommene ohne Flüchtlingsstatus, die Sozialhilfe bezögen, würden manchmal während mehrerer Monate reisen, ohne dass die Behörden über die Gründe im Bild wären. GE und BL rechnen nach der vorliegenden Verordnungsänderung mit einer rückläufigen Zahl von Gesuchen. SH hingegen ist der Ansicht, dass die Problematik der Sozialhilfe beziehenden Personen nicht genügend berücksichtigt wird.

TG weist darauf hin, dass auch in den Weisungen zu Artikel 8 erwähnt werden sollte, dass Auslandsreisen nur sehr restriktiv zu bewilligen sind.

FR stimmt der neuen Regelung zu, bedauert es jedoch, dass alle vorläufig Aufgenommenen – auch die gut integrierten, die sich vorbildlich verhalten – für die Missbräuche einer Minderheit büssen müssen. Die Grünen werfen die Frage nach der Anzahl der Missbräuche auf. In den Anhörungsunterlagen würden keine Zahlen als Beleg für eine hohe Missbrauchsquote oder einen wesentlichen Anstieg der Missbräuche seit der Einführung der Reisefreiheit geliefert.

FR und SO fordern eine stärkere Berücksichtigung der Dauer des Aufenthalts in der Schweiz beim Entscheid über die Erteilung einer Reisebewilligung, namentlich wenn die Person aus persönlichen Gründen reisen will. Gemäss FR und JU werden aufgrund der strengeren Regelung zahlreiche, Interpretationsspielraum bietende Gesuche aus humanitären Gründen eingereicht werden. Die Änderung der Praxis werde auch zu viel Unzufriedenheit führen. FR wünscht sich vom Bund, dass er Überlegungen zur Kommunikation anstellt und umsetzt und dass die Personen, die zum Reisen ein Schengen-Visum beantragen müssen, über angemessene Kanäle informiert werden.

Die SVP heisst die Totalrevision der RDV gut und sieht darin einen ersten Schritt zur Missbrauchsbekämpfung. Sie ist indes der Ansicht, dass die Reisegründe noch massiv eingeschränkt werden müssen und dass sämtliche Reisen in den Herkunftsstaat ausgeschlossen werden müssen.

Die Anhörungsteilnehmer SFH, VSJF, die Grünen, HEKS, SKF, DJS, SOsf, Caritas, ACSP, IGFM und SSV betrachten die Einschränkung der Reisefreiheit für vorläufig Aufgenommene als einen Rückschritt. Diese Personen geniessen seit 2010 die volle Reisefreiheit. Die vorgeschlagene Änderung sei aus folgenden Gründen nicht verhältnismässig:

1. Einerseits werde die Reisefreiheit massiv eingeschränkt. Andererseits stünden die betroffenen Personen im Fokus der Integrationsmassnahmen gemäss dem am 1. Januar 2008 in Kraft getretenen Ausländergesetz. Die Kantone sind sich dieser Entwicklung bewusst und gewähren den vorläufig Aufgenommenen Sozialhilfe (Zürich, Basel-Stadt und Luzern). Es sei auch nicht verhältnismässig, wegen des missbräuchlichen Verhaltens weniger Personen alle 24 000 zu bestrafen. Den vorläufig Aufgenommenen das Reisen zu verbieten, nur weil in ein paar Fällen ein Missbrauchsverdacht bestehe, sei nicht gerechtfertigt.

Die vorläufig aufgenommenen Personen haben legitime Gründe, die Schweiz ab und zu zu verlassen. Der Besuch von Familienangehörigen in Europa sowie Reisen in Drittstaaten sollten erlaubt sein. Auch Reisen in den Herkunftsstaat seien nicht immer missbräuchlich. Die vorläufige Aufnahme erfolge aus verschiedenen Gründen (Bürgerkrieg, Krankheit usw.). Auch wenn eine Person aus gesundheitlichen Gründen vorläufig aufgenommen worden ist, ändere eine Reise in ihr Herkunftsland nichts daran, dass die Wegweisung nicht zumutbar ist. Eine Aufhebung der vorläufigen Aufnahme ist auf Grundlage von Artikel 84 Absatz 2 AuG ausserdem immer möglich.

2. Es gäbe weniger einschneidende Alternativen. So könnten Reisen bis zu dreissig Tagen grundsätzlich bewilligt werden und könnte lediglich für längere Reisen eine Begründung eingefordert werden. Damit wäre die Verhältnismässigkeit gewahrt und könnten missbräuchliche lange Aufenthalte im Ausland verhindert werden. Eine weitere Möglichkeit wäre, nur für Reisen in den Herkunftsstaat eine Begründung zu verlangen, nicht aber für solche in Drittstaaten.

3. Die Teilnehmer SFH, VSJF, die Grünen, HEKS, SKF, Caritas, ACSP und IGFM halten fest, dass das erklärte Ziel, Beschneidungen durch die Einschränkung von Reisen ins Ausland zu verhindern, nicht erreicht werde, denn Beschneidungen könnten auch in der Schweiz durchgeführt werden.

Der Verein Grundrechte.ch erachtet die geplante Einschränkung der persönlichen Freiheit ebenfalls als unverhältnismässig und nicht zielführend.

Die Grünen treten für die Aufrechterhaltung der Reisefreiheit ein und verlangen, dass andere Instrumente zur Verhinderung von Missbräuchen geprüft werden. Um zu verhindern, dass vorläufig Aufgenommene, die in der Schweiz Sozialhilfe beziehen, längere Zeit im Ausland verbringen, könnte zum Beispiel die Gültigkeitsdauer des Rückreisevisums beschränkt werden. In Bezug auf die andere angeführte Kategorie von Missbräuchen, die Verdachtsfälle von Beschneidung von Mädchen im Ausland, erklären die Grünen, das Schweizerische Strafgesetzbuch sei erst vor Kurzem dahingehend geändert worden, dass dieses Verbrechen nun strafbar sei, selbst wenn es im Ausland begangen werde. Die Bestimmung des Strafgesetzbuchs dürfe also von der Begehung solcher Taten abschrecken. Reisen in das Herkunftsland für Familienbesuche sind schliesslich für die Grünen ein stabilisierender, die Integration in der Schweiz begünstigender Faktor.

Die Anhörungsteilnehmer SFH, VSJF, die Grünen, HEKS, Caritas, ACSP, IGFM weisen darauf hin, dass die Totalrevision der Verordnung der Entwicklung in Europa genau entgegenläuft. Mit der EU-Richtlinie über die Anerkennung von Drittstaatsangehörigen und Staatenlosen<sup>1</sup> würden Personen mit Anspruch auf subsidiären Schutz den anerkannten Flüchtlingen gleichgestellt. Für diese beiden Personenkategorien gelte bereits in den Niederlanden ein einziger Aufenthaltsstatus. In einer anderen EU-Richtlinie vom 11. Mai 2011<sup>2</sup> sei vorgesehen, den geschützten Personen nach fünf Jahren rechtmässigen Aufenthalt das Recht auf Freizügigkeit in der EU zu gewähren. Dieses Recht gelte auch für Personen mit Anspruch auf subsidiären Schutz. Die Beschränkung der Reisefreiheit gegenüber den vorläufig Aufgenommenen laufe folglich der Entwicklung in der EU entgegen.

Die SBAA und das UNHCR lehnen die Einschränkung der Reisefreiheit von vorläufig aufgenommenen Personen ab, da sie im Grundsatz unverhältnismässig sei und der Tatsache nicht Rechnung trage, dass vorläufig Aufgenommene in der Regel mehrere Jahre oder gar dauerhaft in der Schweiz bleiben. Grundrechte.ch und die SP sind ebenfalls dieser Meinung. Letztere betont, die Behörden hätten es unterlassen, nach einer verhältnismässigen Lösung für die angesprochenen Probleme zu suchen, die im Übrigen kaum dokumentiert seien. So werde nicht zwischen Reisen ins Herkunftsland und Reisen in Drittstaaten unterschieden. Auch zwischen Personen, die bereits Missbrauch begangen hätten, und Personen, die sich nichts hätten zuschulden kommen lassen, werde keine Unterscheidung getroffen. Ausserdem stehe die Revision im Widerspruch zur laufenden Revision des Ausländer- und Integrationsgesetzes. Ein Ziel der Integration besteht darin, die Rahmenbedingungen für die diskriminierungsfreie Beteiligung am sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben zu schaffen. Das in der revidierten RDV für vorläufig aufgenommene Personen vorgesehene Verbot kultureller Reisen widerspreche diesem Grundsatz.

Die EKM ist aus Gründen der Integration ebenfalls der Ansicht, dass die bestehende Reisefreiheit beibehalten werden sollte. Die vorgeschlagene Einschränkung sei nicht verhältnismässig. Nicht alle Reisen in den Herkunftsstaat seien missbräuchlich. Der aus der Revision resultierende Verwaltungsaufwand dürfe auch nicht unverhältnismässig sein. Kurze Reisen

---

<sup>1</sup> Richtlinie 2011/95/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über Normen für die Anerkennung von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz, für einen einheitlichen Status für Flüchtlinge oder für Personen mit Anrecht auf subsidiären Schutz und für den Inhalt des zu gewährenden Schutzes (Neufassung), <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:337:0009:0026:DE:PDF>.

<sup>2</sup> Richtlinie 2011/51/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2011 zur Änderung der Richtlinie 2003/109/EG des Rates zur Erweiterung ihres Anwendungsbereichs auf Personen, die internationalen Schutz geniessen, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:132:0001:0004:DE:PDF>.

in sichere Staaten sollten ohne administrative Hürden möglich sein. Dasselbe gelte für die Ausübung des Beschwerderechts bei einer negativen Entscheidung. Die EKM empfiehlt des Weiteren, die vorläufig aufgenommenen Personen ohne Flüchtlingsstatus von den Personen mit Flüchtlingsstatus zu unterscheiden.

Gemäss den DJS und SOsf stellt die Wiedereinführung der Reisebeschränkungen eine Verletzung der Bewegungsfreiheit dar, führt zu zusätzlichen Aufgaben für das BFM und unnötigen Kosten.

Das UNHCR bemerkt, dass die zur Anhörung unterbreitete Totalrevision zum Teil noch restriktiver ist als die Regelung, die vor der Einführung der unbeschränkten Reisefreiheit für vorläufig Aufgenommene gegolten hatte. Es empfiehlt Folgendes:

- i. Die Schweiz muss sich in der RDV an die Ausreisefreiheit, die Normen der Bundesverfassung (BV), des Völkerrechts und der Grundfreiheiten halten.
- ii. Eine Einschränkung der Reisefreiheit darf nur im Einzelfall und in Einklang mit den Grundrechten erfolgen.
- iii. Der Rechtsschutz muss auch im Rahmen der Verfügungen gestärkt werden; auf die Erhebung der entsprechenden Gebühr ist zu verzichten.
- iv. Die Schweiz muss den Entwurf der RDV im Lichte der Pflichten, die sich aus dem Völkerrecht und aus den Grundsätzen des nationalen Rechts ergeben, überarbeiten.

Der SSV tritt für die gute Integration der vorläufig Aufgenommenen ein und ist der Meinung, dass sie ohne administrative Probleme an Schulreisen teilnehmen und die Familie im Herkunftsland besuchen können müssen.

### **1.3 Vorgehen bei der Auswertung der Stellungnahmen**

Haben die Anhörungsadressaten eine Stellungnahme eingereicht, sich aber nicht zu allen Änderungsvorschlägen geäussert, wird dies als Zustimmung gewertet.

Wird vom Anhörungsadressaten gewünscht, dass bei nicht kommentierten Vorschlägen nicht auf Zustimmung oder Ablehnung geschlossen wird, wird dies bei der Auswertung unter der Rubrik «keine Bemerkungen» berücksichtigt.

## 2. Verzeichnis der Eingaben

### ***Migrationsämter der Kantone:***

AG	Aargau
AR	Appenzell Ausserrhoden
BE Stadt	Bern Stadt
BL	Basel-Landschaft
FL	Fürstentum Liechtenstein
FR	Freiburg
GE	Genf
GR	Graubünden
JU	Jura
LU	Luzern
NE	Neuenburg
SG	St. Gallen
SH	Schaffhausen
SO	Solothurn
TG	Thurgau
TI	Tessin
UR	Uri
VS	Wallis
ZG	Zug
ZH	Zürich

### ***Politische Parteien:***

Grüne/LesVerts	Grüne Partei der Schweiz
CVP	Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz
FDP.Die Liberalen	Freisinnig-Demokratische Partei.Die Liberalen
SP	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
SVP/UDC	Schweizerische Volkspartei

### ***Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete:***

chgemeinden	Schweizerischer Gemeindeverband
SSV/UVS	Schweizerischer Städteverband

### ***Weitere interessierte Kreise (Konferenzen und Vereinigungen, Hilfswerke und Flüchtlingsorganisationen, Kirchen, Wirtschaftsorganisationen und Berufsverbände, Ausländerdienste mit bestehenden Leistungsverträgen sowie interessierte Organisationen):***

Caritas	Caritas Schweiz
CP	Centre Patronal
ACSP	Association suisse des Centres sociaux protestants
DJS	Demokratische Juristinnen und Juristen der Schweiz
EKM	Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen
Grundrechte.ch	Grundrechte.ch
HEKS	Hilfswerk der Evangelischen Kirchen Schweiz
IGFM	Internationale Gesellschaft für Menschenrechte
KKJPD	Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren
SBAA	Schweizerische Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht
SFH	Schweizerische Flüchtlingshilfe
SKF	Schweizerischer Katholischer Frauenbund



SOSf	Solidarité sans frontièresSVZ	Schweizerischer
Verband für Zivilstandswesen		
UNHCR	UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge	
VSED	Verband schweizerischer Einwohnerdienste	
VSJF	Verband Schweizerischer Jüdischer Fürsorgen	
Privatperson	eine Privatperson	

***Auf eine Stellungnahme verzichtet haben:***

CSP	Christlich-soziale Partei Schweiz
ASO	Auslandschweizer-Organisation
SVR	Schweizerische Vereinigung der Richterinnen und Richter

## II Besonderer Teil

### Art. 1 Reisedokumente und Bewilligung zur Wiedereinreise

#### Art. 1 Reisedokumente und Bewilligung zur Wiedereinreise

<sup>1</sup> Das Bundesamt für Migration (BFM) stellt folgende Reisedokumente aus:

- a. Reiseausweise für Flüchtlinge;
- b. Pässe für ausländische Personen;
- c. Identitätsausweise für asylsuchende Personen, welche die Schweiz definitiv verlassen, oder für Personen, deren Asylverfahren abgeschlossen ist und deren Wegweisungsverfügung rechtskräftig ist;
- d. Reiseersatzdokumente für den Vollzug der Weg- oder Ausweisung von ausländischen Personen.

<sup>2</sup> Das BFM kann eine Bewilligung zur Wiedereinreise in Form eines Rückreisevisums

#### **Zustimmung**

**Kantone:** BE Stadt, FR, SO, ZG, GR, SG, TG, UR, FL, VS, GE, AR, BL, AG, JU, SH, NE, ZH, TI, LU

**Parteien:** SVP, Grüne, FDP, Die Liberalen, SP, CVP

**Interessierte Kreise:** VSED, SVZ, Privatperson, SFH, VSJF, SBAA, Grundrechte.ch, EKM, chgemeinden, KKJPD, HEKS, SKF, CP, DJS, SOsf, Caritas, UNHCR, ACSP, IGFM, SSV

#### **Abs. 1 Bst. c und d**

GR weist darauf hin, dass die in der Verordnung erwähnten Reisedokumente "Reiseausweis und "Reiseersatzdokument" für denselben Grund ausgestellt werden und beantragt, Buchstabe c ersatzlos zu streichen.

FDP, Die Liberalen salue cette nouvelle réglementation et le fait qu'un certificat d'identité ne soit remis qu'à une personne quittant définitivement la Suisse.

### Art. 2 Biometrische Reisedokumente

#### Art 2 Biometrische Reisedokumente

<sup>1</sup> Reisedokumente nach Artikel 1 Absatz 1 Buchstaben a und b sind mit einem Datenchip ausgestattet.

<sup>2</sup> Der Datenchip enthält

- b. zwei Fingerabdrücke;
- c. die in der maschinenlesbaren Zone eingetragenen Personendaten der Inhaberin oder des Inhabers,
- d. h. amtliche Namen, Vornamen, Geschlecht, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit;
- d. das Datum des Ablaufs der Gültigkeit; und
- e. die Nummer und Art des Reisedokuments.

<sup>3</sup> Die Verordnung (EG) Nr. 2252/2004 des Rates vom 13. Dezember 2004 über Normen für Sicherheitsmerkmale und biometrische Daten in von den Mitgliedstaaten ausgestellten Pässen und Reisedokumenten findet Anwendung.

### Zustimmung

**Kantone:** BE Stadt, FR, SO, ZG, GR, SG, TG, UR, FL, VS, GE, AR, BL, AG, JU, SH, NE, ZH, TI, LU

**Parteien:** SVP, Grüne, FDP, Die Liberalen, SP, CVP

**Interessierte Kreise:** VSED, SVZ, Privatperson, SFH, VSJF, SBAA, EKM, chgemeinden, KKJPD, HEKS, SKF, CP, DJS, SOsf, Caritas, UNHCR, ACSP, IGFM, SSV

### Ablehnung

**Interessierte Kreise:** Grundrechte.ch

Grundrechte.ch s'oppose aux documents biométriques.

## **Art. 3 Reiseausweis für Flüchtlinge**

Art. 3 Reiseausweis für Flüchtlinge

Anspruch auf einen Reiseausweis für Flüchtlinge hat:

- a. eine ausländische Person im Sinne von Artikel 59 Absatz 2 Buchstabe a AuG;
- b. eine ausländische Person, welche von einem andern Staat nach dem Abkommen vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge als Flüchtling anerkannt wurde, sofern der Übergang der Verantwortung für Flüchtlinge nach Artikel 2 der Europäischen Vereinbarung vom 16. Oktober 1980 über den Übergang der Verantwortung für Flüchtlinge stattgefunden hat.

### Zustimmung

**Kantone:** BE Stadt, FR, SO, ZG, GR, SG, TG, UR, FL, VS, GE, AR, BL, AG, JU, SH, NE, ZH, TI, LU

**Parteien:** SVP, Grüne, FDP, Die Liberalen, SP, CVP

**Interessierte Kreise:** VSED, SVZ, Privatperson, SFH, VSJF, SBAA, Grundrechte.ch, EKM, chgemeinden, KKJPD, HEKS, SKF, CP, DJS, SOsf, Caritas, ACSP, IGFM, SSV

### Ablehnung

**Interessierte Kreise:** UNHCR

L'UNHCR mentionne que les personnes étant admises provisoirement avec la qualité de réfugié sont des réfugiés de facto et ont un droit à un document de voyage pour réfugiés qui garantit non seulement la liberté de quitter un pays mais aussi de voyager. Il manque dans l'art. 3 une réglementation pour ces personnes.

## **Art. 4 Pass für eine ausländische Person**

Art. 4 Pass für eine ausländische Person

<sup>1</sup> Eine ausländische Person im Sinne von Artikel 59 Absatz 2 Buchstabe b und c AuG hat Anspruch auf einen Pass für eine ausländische Person.

<sup>2</sup> Einer schriftenlosen ausländischen Person mit Aufenthaltsbewilligung oder mit einer in Anwendung von Artikel 17 Absatz 1 der Gaststaatverordnung erteilten Legitimationskarte kann ein Pass für eine ausländische Person abgegeben werden.

<sup>3</sup> Die Staatenlosigkeit wird im Pass vermerkt.

<sup>4</sup> Einer schriftenlosen asylsuchenden, schutzbedürftigen oder vorläufig aufgenommenen Person kann ein Pass für eine ausländische Person abgegeben werden, wenn das BFM eine Reise nach Artikel 8 bewilligt hat.

<sup>5</sup> Die Dauer der bewilligten Reise und der aufenthaltsrechtliche Status der Person werden in einem nach Absatz 4 abgegebenen Pass vermerkt. Auch der Reisegrund und das Reiseziel können im Pass vermerkt werden.

### **Zustimmung**

**Kantone:** BE Stadt, FR, SO, ZG, GR, SG, TG, UR, FL, VS, GE, AR, BL, AG, JU, SH, NE ZH, TI, LU

**Parteien:** SVP, Grüne, FDP, Die Liberalen, SP, CVP

**Interessierte Kreise:** VSED, SVZ, Privatperson, SFH, VSJF, SBAA, Grundrechte.ch, EKM, chgemeinden, KKJPD, HEKS, SKF, CP, UNHCR, ACSP, IGFM, SSV

### **Abs. 4**

TI approuve la mention de la durée du voyage dans le passeport biométrique.

### **Abs. 5**

L'UDC estime qu'afin d'éviter tout abus, il convient que le motif du voyage et le but du voyage soient obligatoirement inscrits dans le passeport et qu'il n'y a pas lieu dans cet alinéa d'avoir une disposition potestative.

GE, FDP, Die Liberalen, TI, UNHCR saluent la délivrance d'un passeport pour étrangers aux requérants d'asile et aux personnes admises à titre provisoire et la suppression du certificat d'identité et du visa de retour pour ces catégories de personnes. Ce passeport est avantageux du point de vue procédural et financier. Le fait que ce document soit biométrique est positif selon GE et TI.

TI salue l'inscription possible du motif du voyage et de la destination du voyage dans le passeport.

### **Ablehnung**

**Interessierte Kreise:** DJS, SOSf, Caritas

DJS, SOSf sont d'avis que les alinéas 3 et 5 doivent être biffés. Ils rejettent le fait que dans le passeport d'un apatride, cette apatridie soit inscrite. Ceci pourrait être discriminatoire. De plus, aucune remarque relative à la durée du voyage, au statut ou au but de voyage ne doit figurer dans le passeport, étant donné que DJS et SOSf proposent de biffer l'art. 8.

Caritas estime que le passeport ne doit pas contenir le motif du voyage comme le statut de la personne et ce pour des raisons de protection des données. Un requérant d'asile pourrait alors être persécuté dans son Etat d'origine.

## **Art. 5 Identitätsausweis für asylsuchende Personen**

Art. 5 Identitätsausweis für asylsuchende Personen

<sup>1</sup> Ein Identitätsausweis kann einer asylsuchenden Person zur Vorbereitung der Ausreise oder zur definitiven Ausreise in ihren Heimat- oder Herkunftsstaat oder in einen Drittstaat ausgestellt werden.

<sup>2</sup> Sofern dadurch die Ausreise aus der Schweiz beschleunigt oder erleichtert wird, kann nach dem rechtskräftigen Abschluss des Asylverfahrens auch einer abgewiesenen asylsuchenden Person ein Identitätsausweis ausgestellt werden.

### Zustimmung

**Kantone:** BE Stadt, FR, SO, ZG, GR, SG, TG, UR, FL, VS, GE, AR, BL, AG, JU, SH, NE, ZH, TI, LU

**Parteien:** SVP, Grüne, FDP, Die Liberalen, SP, CVP

**Interessierte Kreise:** VSED, SVZ, Privatperson, SFH, VSJF, SBAA, Grundrechte.ch, EKM, chgemeinden, KKJPD, HEKS, SKF, CP, DJS, SOsf, Caritas, UNHCR, ACSP, IGFM, SSV

## **Art. 6 Reiseersatzdokument**

### Art. 6 Reiseersatzdokument

Einer ausländischen Person kann für den Vollzug der Weg- oder Ausweisung ein Reiseersatzdokument ausgestellt werden, wenn dieses die Rückführung in den Heimat- oder Herkunftsstaat ermöglicht und ein anderes Reisedokument für die fristgemässe Ausreise nicht oder nicht mehr beschafft werden kann.

### Zustimmung

**Kantone:** BE Stadt, FR, SO, ZG, GR, SG, TG, UR, FL, VS, GE, AR, BL, AG, JU, SH, NE, ZH, TI, LU

**Parteien:** SVP, Grüne, FDP, Die Liberalen, SP, CVP

**Interessierte Kreise:** VSED, SVZ, Privatperson, SFH, VSJF, SBAA, Grundrechte.ch, EKM, chgemeinden, KKJPD, HEKS, SKF, CP, DJS, SOsf, Caritas, UNHCR, ACSP, IGFM, SSV

LU propose de compléter l'article 6 en mentionnant également le pays d'origine ou de provenance et un Etat tiers.

## **Art. 7 Rückreisevisum**

### Art. 7 Rückreisevisum

<sup>1</sup> Schutzbedürftigen und vorläufig aufgenommenen Personen, die ein gültiges und von der Schweiz anerkanntes heimatliches Reisedokument besitzen, wird für Auslandsreisen auf Gesuch hin eine Bewilligung zur Wiedereinreise in Form eines Rückreisevisums ausgestellt. Artikel 15 der Verordnung vom 22. Oktober 2008 über das Einreise- und Visumverfahren findet keine Anwendung.

<sup>2</sup> Das BFM stellt ein Rückreisevisum unter den Voraussetzungen nach Artikel 8 Absätze 1 und 4 aus.

<sup>3</sup> Eine asylsuchende oder eine abgewiesene asylsuchende Person erhält ein Rückreisevisum im Hinblick auf ihre Ausreise, wenn dies vom Staat, in den die Person ausreist, verlangt wird.

<sup>4</sup> Eine Person, der ein Pass für eine ausländische Person nach Artikel 4 Absatz 4 abgegeben wurde, muss kein Rückreisevisum beantragen

### Zustimmung

**Kantone:** BE Stadt, FR, SO, ZG, GR, SG, TG, UR, FL, VS, GE, AR, BL, AG, JU, SH, NE, ZH, TI, LU

**Parteien:** Grüne, FDP, Die Liberalen, SP, CVP

**Interessierte Kreise:** VSED, SVZ, Privatperson, SFH, VSJF, SBAA, Grundrechte.ch, EKM, chgemeinden, KKJPD, HEKS, SKF, CP, DJS, SOsf, UNHCR, ACSP, IGFM, SSV

### Ablehnung

**Parteien:** SVP

### Art. 7 Abs. 3

L'UDC propose de tracer de l'alinéa 3 "les requérants d'asile faisant l'objet d'une décision de renvoi". Il est selon elle impossible qu'une personne qui doit quitter la Suisse reçoive un visa de retour, même si l'Etat dans lequel elle se rend exige un tel visa. Les personnes faisant l'objet d'une décision de renvoi sont tenues de quitter la Suisse et il n'est pas compréhensible qu'elles puissent revenir en Suisse après un voyage.

### Art. 8 Reisegründe

#### Art. 8 Reisegründe

<sup>1</sup> Asylsuchende oder vorläufig aufgenommene Personen dürfen nicht in das Ausland reisen. Das BFM kann eine Reise ausnahmsweise bewilligen:

- a. bei schwerer Krankheit oder beim Tod von Familienangehörigen;
- b. zur Erledigung von wichtigen und unaufschiebbaren höchstpersönlichen Angelegenheiten;
- c. zum Zweck von grenzüberschreitenden Reisen, die vom Schul- oder Ausbildungsbetrieb, den die gesuchstellende Person bis zu ihrer Mündigkeit oder bis zum ordentlichen Abschluss ihrer Ausbildung besucht, vorgeschrieben sind.

<sup>2</sup> Das BFM entscheidet über die Dauer einer Reise nach Absatz 1.

<sup>3</sup> Als Familienangehörige im Sinne von Absatz 1 Buchstabe a gelten Eltern, Grosseltern, Geschwister, Ehegatten, Kinder und Grosskinder der gesuchstellenden Person oder ihres Ehepartners. Den Ehegatten gleichgestellt sind die eingetragenen Partnerinnen und Partner sowie die in dauernder eheähnlicher Gemeinschaft zusammenlebenden Personen.

<sup>4</sup> Einer vorläufig aufgenommenen Person kann zudem eine Reise von höchstens 30 Tagen pro Jahr bewilligt werden:

- a. aus humanitären Gründen
- b. zum Zweck der aktiven Teilnahme an Sport- und Kulturanlässen im Ausland.

<sup>5</sup> Das BFM berücksichtigt bei der Prüfung des Gesuchs nach Absatz 4 den Grad der Integration der betroffenen Person.

<sup>6</sup> Eine Reise nach Absatz 4 Buchstabe a in den Heimat- oder Herkunftsstaat kann nur in begründeten Fällen ausnahmsweise erlaubt werden.

<sup>7</sup> Für schutzbedürftige Personen gelten die Absätze 1 – 6 sinngemäss.

#### Zustimmung

**Kantone:** BE Stadt, FR, SO, ZG, GR, SG, TG, UR, FL, VS, GE, AR, BL, AG, JU, SH, NE, ZH, TI, LU

**Parteien:** FDP, Die Liberalen, CVP

**Interessierte Kreise:** VSED, SVZ, Privatperson, chgemeinden, KKJPD, CP

#### Abs. 1

FR, NE, TI font référence à une directive de l'ODM (directive 212.1, du 21 avril 2011) concernant les facilités de voyage pour les écoliers à l'intérieur des pays membres de Schengen qui prévoit l'établissement d'une liste pour les participants à un voyage scolaire. Selon les cas de figure la liste a valeur de visa et de document de voyage. Il serait souhaitable de profiter de la présente révision d'ordonnance pour citer l'existence de cette directive et préciser l'articulation de celle-ci avec l'ordonnance.

FL souhaiterait que les motifs du voyage et les moyens de preuve à apporter soient concrétisés.

VS, NE, KKJPD souhaitent que le "voyage transfrontalier rendu obligatoire par l'établissement scolaire ou de formation" de l'alinéa 1, let. c, soit interprété de manière souple en pratique. L'analyse de l'obligation reste particulièrement difficile notamment concernant les voyages d'études. Une même souplesse est requise concernant la lettre b de l'alinéa 1. De même, BL souhaite que l'interprétation de la lettre c soit telle que des voyages scolaires transfrontaliers (Alsace, F, et la Forêt noire, D) des enfants et adolescents avec permis F soient autorisés.

GE souhaite que les cantons soient impliqués dans la prise de décision et propose de formuler l'alinéa 1 comme suit:

**« Le requérant d'asile ou les personnes admises à titre provisoire ne peuvent pas voyager à l'étranger. L'ODM, après préavis ou proposition du canton, peut exceptionnellement autoriser un voyage. »**

SH estime qu'il n'est pas suffisamment tenu compte de la dépendance à l'aide sociale dans le cadre de l'autorisation de voyages en vertu de l'alinéa 1 de l'art. 8 ODV. Les voyages des ressortissants suisses obtenant l'aide sociale sont très rarement possibles sans réduction de l'aide sociale. Une telle inégalité ne se justifie pas. Ainsi les conditions de l'alinéa 5 (degré d'intégration) doivent aussi s'appliquer à l'alinéa 1. Des voyages de personnes obtenant l'aide sociale ne doivent être autorisés que si la loi cantonale d'aide sociale le permet.

CVP demande que les motifs de l'alinéa 1 soient encore davantage restreints. La formulation de la lettre b est à son avis discutable.

TI estime que l'interdiction de principe de voyager pour les requérants d'asile et les personnes admises à titre provisoire est correcte et cohérente.

#### **Abs. 2**

FR souligne qu'il est positif de tenir compte de l'intégration des personnes et de la durée du séjour en Suisse de la personne admise à titre provisoire pour déterminer notamment la durée de l'autorisation de voyager délivrée par l'ODM.

FL, TI saluent expressément le fait que l'ODM décide de la durée des voyages. TI souligne que de longues absences ne sont pas propices à l'assimilation de connaissances qui permettent une intégration optimale. Avec la saisie biométrique TI voit que l'office cantonal de migration sera informé de la durée du voyage et pourra gérer cela en lien avec l'octroi de l'aide sociale.

#### **Abs. 3**

FL se demande si l'on ne veut pas plutôt mentionner dans la 2ème phrase "Ehepartner" au lieu de "Ehegatten".

#### **Abs. 4**

FR estime qu'il n'est pas suffisamment tenu compte de la durée de la présence en Suisse comme critère objectif de l'autorisation de voyager. Qu'en est-il d'une personne qui séjourne depuis très longtemps en Suisse et qui est bien intégrée et qui souhaite entreprendre à l'étranger un voyage d'agrément (non constitutif d'une raison humanitaire)? Il conviendrait de tenir davantage compte dans l'ordonnance de la durée de la présence en Suisse et pas uniquement de la notion de degré d'intégration stricto sensu. Le danger avec la formulation actuelle est de favoriser une personne nouvellement admise à titre provisoire qui souhaite par exemple chanter dans une chorale à l'étranger, par rapport à une personne qui vit en Suisse depuis plus longtemps et qui souhaite faire un voyage d'agrément.

SO begrüsst eine straffe Ausnahmeregelung vor allem für langjährig anwesende Personen mit F-Ausweis. SO macht folgenden Vorschlag:

**"Einer vorläufig aufgenommenen Person kann unter Berücksichtigung der Integration eine Reise von höchstens 30 Tagen pro Jahr bewilligt werden:**

**a. nach fünfjähriger Anwesenheit in der Schweiz**

**b. zum Zweck der aktiven Teilnahme an Sport und Kulturanlässen im Ausland."**

GE remarque que les motifs de voyage sont restreints et regrette qu'il n'y ait pas la possibilité de voyager pour d'autres motifs importants comme par exemple la visite de proches non malades. Ce dernier motif est tout aussi honorable que celui de participer à des manifestations culturelles à l'étranger. GE propose la formulation suivante:

let. c ...pour des raisons humanitaires **ou d'autres motifs d'importance.**

TI mentionne comme motif humanitaire notamment les funérailles de la parenté.

FDP.Die Liberalen est d'avis que les personnes admises à titre provisoire ne doivent pas pouvoir voyager dans leur Etat de provenance. Si un renvoi n'est pas possible, alors aucun voyage pour raisons humanitaires ne peut avoir lieu.

CVP demande à ce que la formulation de la lettre b relative à la participation à un évènement culturel ou sportif soit à nouveau examinée en tant que motif de voyage.

SH souhaite que l'on clarifie s'il s'agit d'un seul voyage de 30 jours par an ou de plusieurs voyages qui au total ne peuvent dépasser 30 jours par an.

## **Abs. 5**

SO hält als sehr wichtig, dass nur Personen, die nicht sozialhilfeabhängig sind, eine Reise bewilligt werden kann, und schlägt folgende Formulierung vor:

**"Das BFM berücksichtigt bei der Prüfung des Gesuchs nach Absatz 4 den Grad der Integration und die finanzielle Unabhängigkeit der betroffenen Person (keine Fürsorgeabhängigkeit)."**

GR möchte, dass Absatz 5 präzisiert, wer die Prüfung der Integration vornehmen soll und welche Unterlagen dazu eingereicht werden müssen. GR ersucht das BFM, die angepassten Gesuchformulare nach der Anpassung der Verordnung und vor deren Inkraftsetzung den Kantonen zur Stellungnahme einzureichen.

FL estime que la durée de 30 jours ne doit être autorisée que si celle-ci est vraiment nécessaire. Une liste de critères serait sûrement utile dans ce cadre.

GE estime que l'examen de l'intégration des personnes souhaitant voyager devrait être laissé aux cantons plus à même de se prononcer sur les faits concrets. KKJPD souligne que l'examen du degré d'intégration ne sera pas évident en pratique.

ZH souligne qu'en vertu de l'art. 84, al. 5, LEtr, une personne admise à titre provisoire peut obtenir un permis de séjour après 5 ans en Suisse. Après obtention du permis de séjour, il ne subsiste plus aucun obstacle aux voyages. Ainsi, l'intégration ou la durée du séjour dans le cadre de l'art. 8 ne joue un rôle que de peu d'importance. L'alinéa 5 paraît dès lors superflu et imprécis.



## **Ablehnung**

**Parteien:** SVP, Grüne, SP

**Interessierte Kreise:** SFH, VSJF, SBAA, Grundrechte.ch, EKM, HEKS, SKF, DJS, SOsf, Caritas, UNHCR, ACSP, IGFM, SSV

DJS, SOsf proposent de tracer l'article 8 et de permettre aux personnes admises à titre provisoire de voyager librement. Toute restriction à ce droit doit être compréhensible et proportionnelle.

L'UNHCR estime que toute personne a le droit de quitter un pays. Ce droit est garanti par la déclaration universelle des droits de l'homme et le pacte II de l'ONU. Une interdiction générale de départ est incompatible avec le droit international public et les droits fondamentaux (art. 10, al. 2 Cst). Une restriction à la liberté de quitter un pays doit être prévue au niveau de la loi formelle (art. 36 Cst). Quant à la liberté de mouvement, toute limitation doit être dans un cas d'espèce nécessaire et proportionnée. L'alinéa 1 de l'art. 8 ne satisfait pas à ses conditions car il édicte en règle ce qui devrait être l'exception. L'article 8 n'est pas conforme au droit international et constitutionnel et l'UNHCR demande qu'un nouveau projet soit soumis en consultation.

Les restrictions à la liberté de mouvement doivent tenir compte des *diverses catégories d'étrangers*. Les personnes admises à titre provisoire ayant la qualité de réfugié ont un droit à l'obtention d'un titre pour réfugié. L'UNHCR estime que les autres personnes admises à titre provisoire mais qui n'ont pas reçu l'asile, devraient obtenir un statut qui reflète leur besoin de protection, la plupart du temps durable et non provisoire. La modification proposée dans la présente révision va à l'encontre de ce principe. Selon l'UNHCR pour les requérants d'asile, il peut exister des motifs de voyager durant la procédure qui dure parfois longtemps. Une limitation à certains motifs de voyage parle à l'encontre d'un examen proportionnel au cas par cas.

L'UNHCR remarque que la lutte contre les abus et le contrôle préventif invoqués pour la nouvelle restriction posent de nombreux problèmes eu égard à l'interdiction de la discrimination, au droit à la vie privée et familiale, et au principe de la proportionnalité. Les buts visés ne peuvent être atteints. Une interdiction générale de voyager ne peut être motivée du seul fait que l'on obtienne de l'aide sociale. L'UNHCR rejette l'interdiction formulée à l'alinéa 1 de l'art. 8.

### **Abs. 1**

L'UDC souhaiterait interdire tout voyage dans l'Etat d'origine et propose la formulation suivante :

***....Das BFM kann eine Reise in einen anderen Staat als den Heimatstaat ausnahmsweise bewilligen:***

***a.....***

***b. streichen***

***c.....***

Cette réglementation est trop attractive pour l'UDC qui salue cependant le fait qu'il n'existe plus de droit à voyager pour ces catégories de personnes. Les personnes admises à titre provisoire ou les requérants d'asile motivent leur séjour en Suisse en raison de l'impossibilité de retourner dans leur pays d'origine.

De plus, l'UDC estime que les motifs de voyage doivent être restreints. La formulation de la lettre b est beaucoup trop vague et peut laisser la porte ouverte à toute sorte de motifs. Cette lettre doit par conséquent selon l'UDC être biffée.

Le SFH, VSJF, SBAA, Grundrechte.ch, LesVerts, EKM, HEKS, SKF, SP, Caritas, ACSP, IGFM, SSV estiment que la formulation potestative de cet alinéa est à rejeter. SFH et VSJF,

LesVerts, HEKS, Caritas, IGFM remarquent que l'examen des motifs de voyage conduit à un travail administratif supplémentaire et à des coûts non justifiés. Pour SFH, HEKS et VSJF, la durée du voyage doit en outre être décidée en fonction des circonstances du cas individuel. SBAA, SP sind der Meinung, dass diese Formulierung dem BFM einen grossen Ermessensspielraum einräumt.

#### **Abs. 2**

L'UDC souligne que l'alinéa 2 doit prévoir une restriction de la durée du voyage autorisée et propose que celle-ci soit limitée à 20 jours. Ce délai doit s'appliquer aux personnes admises à titre provisoire comme aux demandeurs d'asile qui ne doivent pas bénéficier d'une liberté de voyager.

#### **Abs. 3**

SBAA möchte, dass die Begriffsbestimmung Familienangehörige in Absatz 3 noch einmal geprüft wird. Da mit dem Begriff Familienangehörige insbesondere auch nahe stehende Personen der Betroffenen, die nicht zur Familie gehören, ausgeschlossen werden, bestehe die Gefahr einer Verletzung des Rechts auf Privatsphäre nach Art. 13 BV und Art. 8 EMRK. SBAA schlägt vor, dass eine Reise auch erlaubt wird, wenn der Reisegrund im Zusammenhang mit einer wichtigen Bezugsperson oder engen Freunden steht.

#### **Abs. 4**

Grundrechte.ch souligne que les personnes admises à titre provisoire ont de la famille vivant en Europe. Pour ces personnes et eu égard à leur passé difficile, il est important de garder des contacts avec la famille. Ces contacts peuvent aussi permettre une meilleure intégration en Suisse. Le droit de rendre visite à des membres de la famille doit absolument être respecté. En cas contraire, une condamnation de la CEDH en raison de la violation du respect de la vie privée et familiale est prévisible.

#### **Abs. 4–7**

L'UDC propose que les alinéas 4 à 7 soient biffés. Aucun motif de voyage supplémentaire ne doit être prévu pour les personnes admises à titre provisoire car ceci rend ce statut trop attractif. Il est tout particulièrement choquant que l'alinéa 6 permette expressément un voyage dans le pays d'origine ou de provenance. Si les personnes admises à titre provisoire souhaitent rentrer dans leur pays, il convient de leur révoquer leur statut. Si l'alinéa 6 ne devait pas être supprimé, il devrait mentionner que les voyages à destination du pays d'origine ou de provenance ne sont pas autorisés.

#### **Abs. 4 Bst. a**

Le SFH, VSJF, LesVerts, HEKS, Caritas, ACSP, IGFM constatent que dans le commentaire lié aux motifs humanitaires, figurent plusieurs notions juridiques indéterminées. La manière dont cette notion sera interprétée n'est pas prévisible et un danger d'arbitraire existe. Un examen au cas par cas de ces conditions conduit en outre à une surcharge de travail administratif. Dans les cas où le séjour en Suisse remonte à plusieurs années, un tel examen est inutile. SBAA trouve aussi que cette notion conduit à une insécurité juridique. Il est en outre pour SBAA peu clair quelle est l'influence du degré d'intégration dans l'application de ce motif, étant donné qu'un motif humanitaire impose la plupart du temps une action urgente, indépendamment du degré d'intégration de la personne.

#### **Abs. 4 Bst. b**

Le SFH, VSJF, LesVerts, HEKS, Caritas, ACSP, IGFM estiment que l'alinéa 4, let. b, qui prévoit la possibilité pour les personnes admises à titre provisoire de voyager afin de participer à une manifestation culturelle ou sportive devrait s'appliquer également aux demandeurs d'asile. La suppression de ce motif de voyage pour les requérants d'asile n'est pas compréhensible. Ceux-ci séjournent durant plusieurs mois ou années en Suisse. La réglementation actuelle en vigueur (art. 4, al. 1, let. d ODV) a été adoptée par le Conseil fédéral eu égard à la protection du bien-être de l'enfant. En outre, très peu de cas tombent sous cette réglementation et le commentaire explicatif ne contient aucun élément permettant d'expliquer ce changement de principe.

Le SP estime que cette lettre b est déjà interprétée de manière restrictive dans le commentaire explicatif, étant donné que les pèlerinages et le fait d'aller voir un concert à l'étranger sont interdits. Ceci est contraire à la révision actuelle de la loi sur les étrangers et leur intégration. Rendre visite à des amis, une semaine de vacances ou la participation à un événement politique ou culturel important en Europe devraient être autorisés.

L'UNHCR est d'avis que les restrictions à la liberté de voyager prévues ne se basent pas sur la protection de la sécurité intérieure ou de l'ordre public mais que la liberté de quitter la Suisse est possible sous réserve d'une approbation. Ceci peut être problématique notamment eu égard à la liberté de religion, vu que les pèlerinages sont interdits explicitement dans le commentaire, mais aussi eu égard au respect de la vie privée et familiale.

#### **Vorschlag HEKS**

HEKS estime qu'une interdiction générale de voyager est excessive et empêche à ces personnes de rendre visite à leur famille dans les pays voisins. HEKS fait la proposition suivante pour l'article 8:

##### **Art. 8 Reisegründe**

<sup>1</sup> **Vorläufig aufgenommene Personen** dürfen **ohne Bewilligung** - mit Ausnahme des Herkunftslandes- in das Ausland reisen.

<sup>2</sup> Das BFM kann eine Reise **in den Herkunftsstaat** für eine **Asylsuchende oder vorläufig aufgenommene Person** bewilligen:

- a. bei schwerer Krankheit oder beim Tod von Familienangehörigen;
- b. zur Erledigung von wichtigen und unaufschiebbaren höchstpersönlichen Angelegenheiten;
- c. aus humanitären Gründen.

<sup>3</sup> Das BFM entscheidet über die Dauer einer Reise nach Absatz 2.

<sup>4</sup> Als Familienangehörige im Sinne von Absatz 2 Buchstabe a gelten Eltern, Grosseltern, Geschwister, Ehegatten, Kinder und Grosskinder der gesuchstellenden Person oder ihres Ehepartners. Den Ehegatten gleichgestellt sind die eingetragenen Partnerinnen und Partner sowie die in dauernder eheähnlicher Gemeinschaft zusammenlebenden Personen.

<sup>5</sup> **Asylsuchenden** kann zudem eine Reise bewilligt werden:

- a. aus humanitären Gründen
- b. zum Zweck der aktiven Teilnahme an Sport- und Kulturanlässen im Ausland.
- c. zum Zweck von grenzüberschreitenden Reisen, die vom Schul- oder Ausbildungsbetrieb, den die gesuchstellende Person bis zu ihrer Mündigkeit oder bis zum ordentlichen Abschluss ihrer Ausbildung besucht, vorgeschrieben sind.

## Art. 9 Schriftenlosigkeit

### Art. 9 Schriftenlosigkeit

<sup>1</sup> Als schriftlos im Sinne dieser Verordnung gilt eine ausländische Person, die keine gültigen Reisedokumente ihres Heimat- oder Herkunftsstaates besitzt, und:

- a. von der nicht verlangt werden kann, dass sie sich bei den zuständigen Behörden ihres Heimat- oder Herkunftsstaates um die Ausstellung oder Verlängerung eines Reisedokuments bemüht; oder
- b. für welche die Beschaffung von Reisedokumenten unmöglich ist.

<sup>2</sup> Verzögerungen, die bei der Ausstellung eines Reisedokuments bei den zuständigen Behörden des Heimat- oder Herkunftsstaates entstehen, begründen die Schriftenlosigkeit nicht.

<sup>3</sup> Die Kontaktnahme mit den zuständigen Behörden des Heimat- oder Herkunftsstaates kann namentlich von schutzbedürftigen und asylsuchenden Personen nicht verlangt werden.

<sup>4</sup> Die Schriftenlosigkeit wird im Rahmen der Gesuchsprüfung durch das BFM festgestellt.

### Zustimmung

**Kantone:** BE Stadt, FR, SO, ZG, GR, SG, TG, UR, FL, VS, GE, AR, BL, AG, JU, SH, NE, ZH, TI, LU

**Parteien:** SVP, FDP, Die Liberalen, SP, CVP

**Interessierte Kreise:** VSED, SVZ, Privatperson, Grundrechte.ch, SBAA, EKM, chgemeinden, KKJPD, SKF, CP, UNHCR, SSV

### Ablehnung

**Parteien:** Grüne

**Interessierte Kreise:** SFH, VSJF, HEKS, DJS, SOsf, Caritas, ACSP, IGFM

Le SFH, VSJF, LesVerts, HEKS, DJS, SOsf, Caritas, ACSP, IGFM constatent que déjà avec la réglementation actuelle, la liberté de voyager de certains ressortissants est restreinte de manière non proportionnelle. Il en est ainsi pour les ressortissants kosovars ou irakiens desquels l'ODM exige des démarches extrêmement compliquées pour obtenir un document de voyage national. Ceci n'est pas proportionnel et impraticable. Le SFH, HEKS, ACSP demandent à l'ODM de trouver des solutions praticables éventuellement avec les ambassades des pays concernés. Lorsque des problèmes durent sur des années, il ne peut plus être question de problème provisoire et il convient de reconnaître le défaut de documents au sens de l'art. 9, al. 1, let. b, ODV.

DJS, SOsf proposent que l'alinéa 2 prévoie que des retards pour l'obtention d'un document qui durent des années satisfont à la définition de l'impossibilité de se procurer des documents de voyage nationaux.

## Art. 10 Hinterlegung ausländischer Reisedokumente

### Art. 10 Hinterlegung ausländischer Reisedokumente

<sup>1</sup> Die ausländische Person, die ein Reisedokument verlangt, muss allfällig vorhandene, von ausländischen Behörden ausgestellte Reisedokumente und Passersatzpapiere beim BFM hinterlegen.

<sup>2</sup> Das BFM kann der ausländischen Person die hinterlegten Reisedokumente gegen Rückgabe des schweizerischen Reisedokuments oder zwecks Verlängerung des ausländischen Reisedokuments

### Zustimmung

**Kantone:** BE Stadt, FR, SO, ZG, GR, SG, TG, UR, FL, VS, GE, AR, BL, AG, JU, SH, NE, ZH, TI, LU

**Parteien:** SVP, Grüne, FDP, Die Liberalen, SP, CVP

**Interessierte Kreise:** VSED, SVZ, Privatperson, SFH, VSJF, Grundrechte.ch, SBAA, EKM, chgemeinden, KKJPD, HEKS, SKF, CP, DJS, SOsf, Caritas, UNHCR, ACSP, IGFM, SSV

## Art. 11 Rechtswirkungen

### Art. 11 Rechtswirkungen

<sup>1</sup> Die Reisedokumente nach Artikel 1 sind fremdenpolizeiliche Ausweise. Mit ihnen kann weder die Identität noch die Staatsangehörigkeit der ausländischen Person nachgewiesen werden.

<sup>2</sup> Wer einen Reiseausweis für Flüchtlinge oder einen Pass für eine ausländische Person besitzt, ist während der Gültigkeitsdauer des Reisedokuments zur Rückkehr in die Schweiz berechtigt, sofern die vor Reiseantritt bestehende Aufenthaltsbewilligung bzw. vorläufige Aufnahme nicht zwischenzeitlich erloschen ist.

<sup>3</sup> Der Reiseausweis für Flüchtlinge berechtigt nicht zur Reise in den Heimat- oder Herkunftsstaat.

<sup>4</sup> Der Identitätsausweis für asylsuchende Personen berechtigt nur in Verbindung mit einem gültigen Rückreisevisum zur Rückkehr in die Schweiz.

### Zustimmung

**Kantone:** BE Stadt, FR, SO, ZG, GR, SG, TG, UR, FL, VS, GE, AR, BL, AG, JU, SH, NE, ZH, TI, LU

**Parteien:** SVP, Grüne, FDP, Die Liberalen, SP, CVP

**Interessierte Kreise:** VSED, SVZ, Privatperson, SFH, VSJF, Grundrechte.ch, SBAA, EKM, chgemeinden, KKJPD, HEKS, SKF, CP, DJS, SOSf, Caritas, UNHCR, ACSP, IGFM, SSV

### Abs. 4

L'UDC estime que le certificat d'identité ne vaut que pour les départs définitifs de Suisse et que si l'on maintient la possibilité d'obtenir un visa de retour pour les personnes obtenant un certificat d'identité, le principe de base de ce document est contredit et le départ définitif de Suisse peut conduire à un retour en Suisse. L'UDC propose dès lors la formulation suivante:

***"Der Identitätsausweis für asylsuchende Personen berechtigt nicht zur Rückkehr in die Schweiz."***

DJS, SOSf demandent à ce que l'alinéa 2 soit complété afin qu'une personne ayant un droit de séjour en Suisse puisse y revenir même si son autorisation est échue durant son séjour à l'étranger. Il arrive parfois que des voyages se prolongent sans faute de la part de l'intéressé (ex. combats, guerre).

## Art. 12 Gültigkeitsdauer

### Art. 12 Gültigkeitsdauer

<sup>1</sup> Die Reisedokumente sind gültig:

- a. Reiseausweis für Flüchtlinge: fünf Jahre;
- b. Pass für eine ausländische Person für Personen nach Artikel 4 Absätze 1 und 2: fünf Jahre;
- c. Pass für eine ausländische Person für Personen nach Artikel 4 Absatz 4: sieben Monate;
- d. Identitätsausweis: sieben Monate;
- e. Reiseersatzdokument: für eine einmalige Aus-, Rück- oder Einreise.

<sup>2</sup> Das Rückreisevisum wird für die Gültigkeitsdauer von höchstens sieben Monaten ausgestellt.

<sup>3</sup> Das BFM kann bei Vorliegen besonderer Umstände eine kürzere Gültigkeitsdauer festsetzen, insbesondere wenn die ausländische Person eine Jahresaufenthaltsbewilligung besitzt oder in einem andern Staat Wohnsitz nehmen will.

<sup>4</sup> Die Gültigkeitsdauer eines Reisedokuments kann nicht verlängert werden.

<sup>5</sup> Ist die Produktion über längere Zeit nicht möglich, wird den anspruchsberechtigten Personen anstelle von Reisedokumenten nach Artikel 3 und 4 ein Identitätsausweis nach Artikel 5 ausgestellt.

### **Zustimmung**

**Kantone:** BE Stadt, FR, SO, ZG, GR, SG, TG, UR, FL, VS, GE, AR, BL, AG, JU, SH, NE, ZH, TI, LU

**Parteien:** SVP, Grüne, FDP, Die Liberalen, SP, CVP

**Interessierte Kreise:** VSED, SVZ, Privatperson, SFH, VSJF, Grundrechte.ch, SBAA, EKM, chgemeinden, KKJPD, HEKS, SKF, CP, DJS, SOSf, Caritas, UNHCR, ACSP, IGFM, SSV

### **Abs. 1 Bst. c**

VS souhaite que la validité des passeports pour étrangers remis aux personnes visées à l'art. 4, al. 4 constitue un minimum. Au lieu des 7 mois prévus, il conviendrait de prévoir un délai de 8 ou 10 mois, vu les impératifs de validité (6 mois minimum). KKJPD estime également que la durée de validité prévue est trop courte et propose une durée de 8 mois.

## **Art. 13 Verfahren für die Ausstellung eines Reisedokuments**

### Art. 13 Verfahren für die Ausstellung eines Reisedokuments

<sup>1</sup> Wer ein Gesuch um Ausstellung eines Reisedokuments stellen will, muss bei der zuständigen kantonalen Ausländerbehörde persönlich vorsprechen. Wird ein Gesuch um Ersatz für ein abgelaufenes Reisedokument gestellt, so muss die antragstellende Person dieses der kantonalen Ausländerbehörde zuhänden des BFM abgeben.

<sup>2</sup> Das Gesuch ist wenn möglich sechs Wochen vor Ablauf der Gültigkeitsdauer des alten Dokuments beziehungsweise vor Antritt der beabsichtigten Reise einzureichen.

<sup>3</sup> Die zuständige kantonale Behörde erfasst das Gesuch in der Datenbank des Informationssystems zur Ausstellung von schweizerischen Reisedokumenten und von Bewilligungen zur Wiedereinreise an Ausländerinnen und Ausländer (ISR). Sie übernimmt zu diesem Zweck aus der Datenbank ZEMIS die persönlichen Daten der gesuchstellenden Person nach Artikel 111 Absatz 2 Buchstabe a AuG mit Ausnahme des Gesichtsbildes und der Fingerabdrücke. Sie leitet das Gesuch, die erhobenen Daten und allfällige Gesuchsunterlagen an das BFM weiter.

<sup>4</sup> Die gesuchstellende Person oder die gesetzliche Vertretung einer minderjährigen oder entmündigten ausländischen Person hat mit ihrer Unterschrift die Richtigkeit der Angaben zu bestätigen.

<sup>5</sup> Das BFM stellt die Reisedokumente aus. Es kann in Einzelfällen schweizerische Vertretungen im Ausland ermächtigen, ein Reiseersatzdokument für die Rück- oder Einreise in die Schweiz auszustellen.

<sup>6</sup> Nach Entrichtung der Gebühren für die Erfassung der Fotografie und der Fingerabdrücke sowie für die Material- und Produktionskosten fordert das BFM die gesuchstellende Person auf, für Reisedokumente nach Artikel 2 bei der für ihren Wohnort zuständigen Behörde ihre Fotografie und ihre Fingerabdrücke erfassen zu lassen. Die zuständige Behörde des Wohnortes leitet die erfassten Reisedokumentendaten nach Anhang 1 an die Ausfertigungsstelle weiter.

<sup>7</sup> Die Ausfertigungsstelle stellt das Reisedokument direkt an die von der gesuchstellenden Person angegebene Zustelladresse zu. Nicht zustellbare oder nicht abgeholte Reisedokumente werden dem BFM übergeben. Dieses bewahrt sie zwölf Monate ab Ausstellungsdatum auf und vernichtet sie anschliessend.

<sup>8</sup> Der Kanton wird für den Aufwand, der ihm bei der biometrischen Erfassung entstanden ist, entschädigt.

### **Zustimmung**

**Kantone:** BE Stadt, FR, SO, ZG, GR, SG, TG, UR, FL, VS, GE, AR, BL, AG, JU, SH, NE, ZH, TI, LU

**Parteien:** SVP, Grüne, FDP, Die Liberalen, SP, CVP

**Interessierte Kreise:** VSED, SVZ, Privatperson, SFH, VSJF, Grundrechte.ch, SBAA, EKM, chgemeinden, KKJPD, HEKS, SKF, CP, DJS, SOSf, Caritas, UNHCR, ACSP, IGFM, SSV

KKJPD aimerait que les cantons puissent donner leur avis dans le cadre de la procédure des articles 13 et 14, ainsi que des informations complémentaires en lien avec l'examen de la demande de document. KKJPD souhaiterait que cela soit explicitement prévu dans l'ordonnance.

TI accueille positivement le fait que les étrangers doivent se rendre auprès de l'autorité compétente cantonale pour déposer une demande. L'indemnité versée au canton au titre de l'alinéa 8 est proportionnelle et acceptée par TI.

## **Art. 14 Verfahren für die Ausstellung eines Rückreisevisums**

### **Art. 14 Verfahren für die Ausstellung eines Rückreisevisums**

<sup>1</sup> Wer ein Gesuch um Ausstellung eines Rückreisevisums stellen will, muss bei der zuständigen kantonalen Ausländerbehörde persönlich vorsprechen.

<sup>2</sup> Das Gesuch ist wenn möglich sechs Wochen vor Antritt der beabsichtigten Reise einzureichen.

<sup>3</sup> Artikel 13 Absätze 3 und 4 gelten sinngemäss.

<sup>4</sup> Das BFM entscheidet über die Erteilung eines Rückreisevisums und teilt der gesuchstellenden Person den Entscheid mit.

<sup>5</sup> Wird die Reise bewilligt, so muss die gesuchstellende Person bei der zuständigen kantonalen Behörde vorsprechen, um ihre biometrischen Daten erfassen zu lassen.

<sup>6</sup> Das BFM wird über die Erfassung der Daten unterrichtet und stellt das Rückreisevisum aus. Es stellt das mit dem Rückreisevisum versehene Reisedokument der gesuchstellenden Person zu.

<sup>7</sup> Der Kanton wird für den Aufwand, der ihm bei der biometrischen Erfassung entstanden ist, entschädigt.

### **Zustimmung**

**Kantone:** BE Stadt, FR, SO, ZG, GR, SG, TG, UR, FL, VS, GE, AR, BL, AG, JU, SH, NE, ZH, TI, LU

**Parteien:** SVP, Grüne, FDP, Die Liberalen, SP, CVP

**Interessierte Kreise:** VSED, SVZ, Privatperson, SFH, VSJF, Grundrechte.ch, SBAA, EKM, chgemeinden, KKJPD, HEKS, SKF, CP, DJS, SOSf, Caritas, UNHCR, ACSP, IGFM, SSV

ZH se demande s'il ne faudrait pas régler dans cet article déjà la saisie biométrique pour le visa de retour, mais que l'entrée en vigueur de cette réglementation soit prévue de manière transitoire à l'art. 32.

FR demande pour des raisons de clarifications et d'uniformisation des pratiques que tous les visas de retour y compris ceux délivrés par les services cantonaux des migrations à une personne au bénéfice d'un permis B qui a fait l'objet d'une mesure de révocation, mais dont la procédure est encore pendante auprès d'une autorité judiciaire cantonale ou fédérale, et qui souhaite se rendre en vacances dans son pays d'origine, soient délivrés en principe sous la forme d'un visa de type C (et exceptionnellement d'un visa de type D en fonction des circonstances).

VS, NE constatent que dans le cadre de la procédure, l'intervention de l'autorité cantonale se limite uniquement à la transmission des demandes et des documents annexés. Il conviendrait cependant d'ajouter que le canton peut donner son avis et des informations ou précisions qui ne ressortent pas des documents.

## Abs. 6

VS, NE, KKJPD constatent que dans le cadre de l'al. 6 de cette disposition, il est précisé que la prise d'empreintes digitales est nécessaire. Dans le texte accompagnant cette révision, on précise qu'il s'agit des dix empreintes digitales (p.15 ad al. 6). Or dans le cadre des documents d'identité, il est demandé de prendre les empreintes des index uniquement. Il faudrait soit que le texte légal précise directement qu'il s'agit de prendre les empreintes de tous les doigts de la main (10 empreintes) soit effectuer la même démarche que pour les documents suisses (les empreintes des index uniquement). Autrement, les centres des documents d'identité vont se retrouver empruntés dans l'application des diverses dispositions légales, surtout que les dispositions de l'art. 15 al. 2 ODV prévoient une procédure identique à celle appliquée pour l'obtention des documents de voyage nationaux.

## Art 15 Erfassung von Fotografie und Fingerabdruck

Art 15 Erfassung von Fotografie und Fingerabdruck

Titel Betrifft nur den deutschen Text

<sup>1</sup> Die zuständige kantonale Behörde erstellt von der gesuchstellenden Person eine digitale Fotografie.

Artikel 9 Absatz 2 der Verordnung vom 10. September 2002 über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige ist bezüglich der Anforderungen an die Fotografie sinngemäss anwendbar. Verfügt die gesuchstellende Person selbst über eine digitale Fotografie, so prüft die zuständige kantonale Behörde deren Qualität und entscheidet, ob diese den Anforderungen genügt.

<sup>2</sup> Sie erfasst zwei Fingerabdrücke der gesuchstellenden Person in Form des flachen Abdrucks des linken und des rechten Zeigefingers. Bei Fehlen eines Zeigefingers, ungenügender Qualität des Fingerabdrucks oder Verletzungen der Fingerkuppe wird ersatzweise der flache Abdruck des Mittelfingers, des Ringfingers oder des Daumens erfasst.

<sup>3</sup> Fingerabdrücke sind nicht zu erfassen, wenn die gesuchstellende Person das 12. Lebensjahr noch nicht zurückgelegt hat oder die Abnahme aus medizinischen Gründen, die nicht nur vorübergehender Art sind, unmöglich ist.

<sup>4</sup> Können Fingerabdrücke aus medizinischen Gründen, die nur vorübergehender Art sind, nicht erfasst werden, wird ein Reisedokument mit verkürzter Gültigkeitsdauer von zwölf Monaten ausgestellt. Eine verkürzte Gültigkeitsdauer hat keinen Einfluss auf die Höhe der Gebühren.

### Zustimmung

**Kantone:** BE Stadt, FR, SO, ZG, GR, SG, TG, UR, FL, VS, GE, AR, BL, AG, JU, SH, NE, ZH, TI, LU

**Parteien:** SVP, Grüne, FDP, Die Liberalen, SP, CVP

**Interessierte Kreise:** VSED, SVZ, Privatperson, SFH, VSJF, Grundrechte.ch, SBAA, EKM, chgemeinden, KKJPD, HEKS, SKF, CP, DJS, SOSf, Caritas, UNHCR, ACSP, IGF, SSV

## Art. 16 Rückgabe und Annullierung von Reisedokumenten

Art. 16 Rückgabe und Annullierung von Reisedokumenten

<sup>1</sup> Zurückgegebene Reisedokumente werden vom BFM unbrauchbar gemacht.

<sup>2</sup> Sie können der Inhaberin oder dem Inhaber oder, falls diese oder dieser verstorben ist, den Angehörigen auf Wunsch überlassen werden.



### Zustimmung

**Kantone:** BE Stadt, FR, SO, ZG, GR, SG, TG, UR, FL, VS, GE, AR, BL, AG, JU, SH, NE, ZH, TI, LU

**Parteien:** SVP, Grüne, FDP, Die Liberalen, SP, CVP

**Interessierte Kreise:** VSED, SVZ, Privatperson, SFH, VSJF, Grundrechte.ch, SBAA, EKM, chgemeinden, KKJPD, HEKS, SKF, CP, DJS, SOSf, Caritas, UNHCR, ACSP, IGFM, SSV

## **Art. 17 Behandlung**

Art. 17 Behandlung

Die Reisedokumente sind sorgfältig zu behandeln.

### Zustimmung

**Kantone:** BE Stadt, FR, SO, ZG, GR, SG, TG, UR, FL, VS, AR, BL, AG, JU, SH, NE, TI, LU

**Parteien:** SVP, Grüne, FDP, Die Liberalen, SP, CVP

**Interessierte Kreise:** VSED, SVZ, Privatperson, SFH, VSJF, Grundrechte.ch, SBAA, EKM, chgemeinden, KKJPD, HEKS, SKF, CP, DJS, SOSf, Caritas, UNHCR, ACSP, IGFM, SSV

### Ablehnung

**Kantone:** GE, ZH

GE estime que cette disposition n'a pas sa place dans cette ordonnance. ZH trouve que si cette disposition n'a pas de conséquence, elle est superflue.

## **Art. 18 Verweigerung**

Art. 18 Verweigerung

<sup>1</sup> Das BFM verweigert die Ausstellung eines Reisedokuments oder eines Rückreisevisums, wenn:

- a. die gesetzliche Vertretung einer minderjährigen oder einer entmündigten ausländischen Person ihre Einwilligung nicht erteilt; sind beide Eltern Inhaber der elterlichen Sorge, so genügt die Einwilligung eines sorgeberechtigten Elternteils. Kann die Zustimmung des andern Elternteils aus den Umständen nicht ohne weiteres vermutet werden, so ist sie ebenfalls einzuholen;
- b. die Ausstellung eines Reisedokuments oder eines Rückreisevisums einer Verfügung widersprechen würde, die von einer schweizerischen Behörde gestützt auf Bundesrecht oder kantonales Recht ergangen ist;
- c. die zuständige Behörde des Bundes oder des Kantons dies beantragt, weil die ausländische Person in der Schweiz wegen eines Verbrechens oder Vergehens strafrechtlich verfolgt wird;
- d. die zuständige Behörde des Bundes oder des Kantons dies beantragt, weil die ausländische Person von einem schweizerischen Gericht rechtskräftig verurteilt worden und die Strafe oder Massnahme weder verjährt noch verbüsst ist;
- e. die ausländische Person wegen eines Verbrechens oder Vergehens im automatisierten Polizeifahndungssystem (RIPOL) zur Verhaftung ausgeschrieben oder im Schengener Informationssystem (SIS) aufgeführt ist;
- f. die dem bisherigen Aufenthaltsstatus der ausländischen Person zugrunde liegende vorläufige Aufnahme, Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung nicht mehr gültig ist.

<sup>2</sup> Geht aus einem Gutachten oder aus einem Gerichtsurteil hervor, dass die ausländische Person ihr altes Reisedokument gefälscht, verfälscht oder Unberechtigten zum Gebrauch überlassen hat, so ver-

weigert das BFM die Ausstellung eines neuen Reisedokuments oder eines neuen Rückreisevisums während höchstens zwei Jahren.

### **Zustimmung**

**Kantone:** BE Stadt, FR, SO, ZG, GR, SG, TG, UR, FL, VS, GE, AR, BL, AG, JU, SH, NE, ZH, TI, LU

**Parteien:** SVP, Grüne, FDP, Die Liberalen, SP, CVP

**Interessierte Kreise:** VSED, SVZ, Privatperson, SFH, VSJF, Grundrechte.ch, SBAA, EKM, chgemeinden, KKJPD, HEKS, SKF, CP, DJS, SOSf, Caritas, UNHCR, ACSP, IGFM, SSV

### **Abs. 1 Bst. a**

SO erachtet es als unabdingbar, dass nicht nur ein Elternteil, sondern beide in der Schweiz anwesenden Elternteile die Einwilligung dazu erteilen.

### **Abs. 1 Bst. g**

Une personne privée propose la création d'une nouvelle lettre g afin d'empêcher qu'une personne qui bénéficie de l'aide sociale en Suisse puisse se rendre dans son pays d'origine. Cette lettre g aurait le contenu suivant: "**die ausländische Person wirtschaftliche Hilfe gemäss Sozialhilfegesetz oder Asylfürsorge bezieht.**"

ZH mentionne que dans l'alinéa 2, le mot "höchstens" a été employé par inadvertance à la place de "mindestens".

### **Art. 19 Verlust**

#### Art. 19 Verlust

<sup>1</sup> Als Verlust gilt jegliches Abhandenkommen eines Reisedokuments, auch jenes durch Diebstahl oder vollständige Zerstörung.

<sup>2</sup> Die Inhaberin oder der Inhaber des Reisedokuments hat den Verlust des Reisedokuments sofort nach Feststellung der örtlichen Polizeistelle anzuzeigen. Ist der Verlust im Ausland erfolgt, so ist er zusätzlich noch der zuständigen schweizerischen diplomatischen oder konsularischen Vertretung zu melden. Diese leitet die Verlustmeldung an das BFM weiter.

<sup>3</sup> Die ausländische Person hat das Reisedokument, dessen Verlust sie gemeldet hat, unaufgefordert zurückzugeben, sobald sie wieder in dessen Besitz gelangt ist.

<sup>4</sup> Das Reisedokument wird mit der Verlustmeldung ungültig. Wiedergefundene Reisedokumente werden der Inhaberin oder dem Inhaber nicht zurückgegeben, sondern dem BFM übergeben, das sie unbrauchbar macht.

<sup>5</sup> Der Verlust des Reisedokuments wird in das RIPOL eingegeben:

- a. wenn der Verlust im Inland erfolgt ist: durch die zuständige örtliche Polizeistelle;
- b. wenn der Verlust im Ausland erfolgt ist: durch das Bundesamt für Polizei (fedpol) aufgrund der Verlustmeldung des BFM.

### **Zustimmung**

**Kantone:** BE Stadt, FR, SO, ZG, GR, SG, TG, UR, FL, VS, GE, AR, BL, AG, JU, SH, NE, ZH, TI, LU

**Parteien:** SVP, Grüne, FDP, Die Liberalen, SP, CVP

**Interessierte Kreise:** VSED, SVZ, Privatperson, SFH, VSJF, Grundrechte.ch, SBAA, EKM, chgemeinden, KKJPD, HEKS, SKF, CP, DJS, SOSf, Caritas, UNHCR, ACSP, IGFM, SSV

ZH se demande quelles sont les conséquences d'une non annonce de perte de document.

## **Art. 20 Ersatz**

Art. 20 Ersatz

<sup>1</sup> Im Falle eines Verlustes wird ein Reisedokument nur ersetzt, wenn die ausländische Person eine polizeiliche Anzeige vorlegt und keine Entzugsgründe nach Artikel 21 vorliegen.

<sup>2</sup> Unbrauchbar gewordene Reisedokumente werden nur gegen deren Rückgabe ersetzt.

### **Zustimmung**

**Kantone:** BE Stadt, FR, SO, ZG, GR, SG, TG, UR, FL, VS, GE, AR, BL, AG, JU, SH, NE, ZH, TI, LU

**Parteien:** SVP, Grüne, FDP, Die Liberalen, SP, CVP

**Interessierte Kreise:** VSED, SVZ, Privatperson, SFH, VSJF, Grundrechte.ch, SBAA, EKM, chgemeinden, KKJPD, HEKS, SKF, CP, DJS, SOSf, Caritas, UNHCR, ACSP, IGFM, SSV

## **Art. 21 Entzug**

Art. 21 Entzug

<sup>1</sup> Das BFM entzieht ein Reisedokument, wenn:

- a. seine Inhaberin oder sein Inhaber die Voraussetzungen für dessen Ausstellung nicht mehr erfüllt;
- b. die gesetzliche Vertretung einer minderjährigen oder einer entmündigten ausländischen Person ihre Einwilligung widerruft. Sind beide Eltern Inhaber der elterlichen Sorge, so ist entsprechend der Regelung in Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe a vorzugehen;
- c. die zuständige Behörde des Bundes oder des Kantons dies beantragt, weil seine Inhaberin oder sein Inhaber in der Schweiz wegen eines Verbrechens oder Vergehens strafrechtlich verfolgt wird;
- d. die zuständige Behörde des Bundes oder des Kantons dies beantragt, weil seine Inhaberin oder sein Inhaber von einem schweizerischen Gericht rechtskräftig verurteilt worden und die Strafe oder Massnahme weder verjährt noch verbüsst ist;
- e. aus einem Gutachten oder aus einem Gerichtsurteil hervorgeht, dass die ausländische Person oder eine Drittperson das Reisedokument gefälscht, verfälscht, oder Unberechtigten zum Gebrauch überlassen hat;
- f. seine Gültigkeit abgelaufen ist.

<sup>2</sup> Entzogene Reisedokumente sind dem BFM innert 30 Tagen zurückzugeben. Nach Ablauf dieser Frist gelten die entzogenen, aber nicht zurückgegebenen Reisedokumente als verloren. Das BFM meldet sie fedpol zur Ausschreibung in das RIPOL.

### **Zustimmung**

**Kantone:** BE Stadt, FR, SO, ZG, GR, SG, TG, UR, FL, VS, GE, AR, BL, AG, JU, SH, NE, ZH, TI, LU

**Parteien:** SVP, Grüne, FDP, Die Liberalen, SP, CVP

**Interessierte Kreise:** VSED, SVZ, Privatperson, SFH, VSJF, Grundrechte.ch, SBAA, EKM, chgemeinden, KKJPD, HEKS, SKF, CP, DJS, SOSf, Caritas, UNHCR, ACSP, IGFM, SSV

SH souhaite qu'un document de voyage puisse être retiré à une personne qui reçoit de l'aide sociale.

## Art. 22 Gebühren

### Art. 22 Gebühren

<sup>1</sup> Die Ausstellung eines Reisedokuments oder eines Rückreisevisums ist gebührenpflichtig. Ausgenommen von der Gebührenpflicht ist die Ausstellung eines Reisedokuments für die Vorbereitung der Ausreise oder für die definitive Ausreise in einen Drittstaat, wenn diese aufgrund der Gebührenerhebung verzögert werden könnte.

<sup>2</sup> Geht ein Reisedokument verloren oder ist es unbrauchbar geworden, kann das BFM eine Gebühr nach Anhang 2 erheben.

<sup>3</sup> Die Gebührensätze sind im Anhang 2 geregelt.

<sup>4</sup> Die zuständige kantonale Behörde erhebt die Gebühr für die Entgegennahme des Gesuchs im Sinne von Artikel 13 Absatz 3 und Artikel 14 Absatz 3 direkt bei der gesuchstellenden Person. Die Gebühren für die Erfassung der Fotografie und der Fingerabdrücke sowie für die Material- und Produktionskosten werden vom BFM bei der gesuchstellenden Person erhoben. Das BFM rechnet mit den Kantonen und der Ausfertigungsstelle ab. Die Aufteilung der Gebühren ist im Anhang 3 geregelt.

<sup>5</sup> Wird eine formelle beschwerdefähige Verfügung vom BFM erlassen so kann dafür eine zusätzliche Gebühr nach Anhang 2 erhoben werden.

### Zustimmung

**Kantone:** BE Stadt, FR, SO, ZG, GR, SG, TG, UR, FL, VS, GE, AR, BL, AG, JU, SH, NE, ZH, TI, LU

**Parteien:** SVP, FDP, Die Liberalen, CVP

**Interessierte Kreise:** VSED, SVZ, Privatperson, Grundrechte.ch, SBAA, chgemeinden, KKJPD, SKF, CP, DJS, SOSf, SSV

### Abs. 5

SG salue la création d'un émolument pour l'émission d'une décision de refus d'octroi de document de voyage. Ceci aura pour conséquence que moins de demandes dénuées de chance de succès seront déposées.

### Ablehnung

**Kantone:** FR

**Parteien:** Grüne, SP

**Interessierte Kreise:** SFH, VSJF, EKM, HEKS, Caritas, UNHCR, ACSP, IGFM

### Abs. 1

FR estime qu'il faudrait renoncer systématiquement au prélèvement d'un émolument lors de départ définitif. La mise en œuvre d'un processus de départ est rarement volontaire et fait l'objet d'intenses négociations entre la personne concernée et le service cantonal des migrations. FR estime par conséquent que compte tenu des nombreuses difficultés d'ores et déjà rencontrées dans le cadre de la mise en œuvre d'un départ même « accepté » il y a lieu de s'abstenir d'une démarche administrative supplémentaire soit de déterminer si l'encaissement de l'émolument est de nature à retarder le départ.

## Abs. 5

Le SFH, VSJF, LesVerts, HEKS, SP, Caritas, UNHCR, ACSP, IGFM s'opposent au prélèvement de 150 francs lors de l'émission d'une décision avec voies de droit. Le SFH, HEKS et VSJF estiment que plusieurs notions de la révision comme "les motifs humanitaires" devraient être interprétées notamment dans le cadre de recours. Pour bénéficier pleinement de ce droit de recours, aucun émolument ne devrait être prévu.

## Art. 23 Besondere Gebühr

### Art. 23 Besondere Gebühr

Findet Artikel 18 Absatz 2 Anwendung, so kann das BFM für die erfolgten notwendigen Abklärungen eine Gebühr bis zu 300 Franken erheben.

### Zustimmung

**Kantone:** BE Stadt, FR, SO, ZG, GR, SG, TG, UR, FL, VS, GE, AR, BL, AG, JU, SH, NE, ZH, TI, LU

**Parteien:** SVP, Grüne, FDP, Die Liberalen, SP, CVP

**Interessierte Kreise:** VSED, SVZ, Privatperson, SFH, VSJF, SBAA, chgemeinden, KKJPD, HEKS, SKF, CP, DJS, SOsf, Caritas, UNHCR, ACSP, IGFM, SSV

## Art. 24 Abklärungen im Ausland

### Art. 24 Abklärungen im Ausland

Umfangreiche Abklärungen im Ausland werden vom BFM nach Aufwand in Rechnung gestellt. Es gelten die Ansätze der Verordnung vom 29. November 2006<sup>10</sup> über die Gebühren der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Schweiz.

### Zustimmung

**Kantone:** BE Stadt, FR, SO, ZG, GR, SG, TG, UR, FL, VS, GE, AR, BL, AG, JU, SH, NE, ZH, TI, LU

**Parteien:** SVP, Grüne, FDP, Die Liberalen, SP, CVP

**Interessierte Kreise:** VSED, SVZ, Privatperson, SFH, VSJF, Grundrechte.ch, SBAA, EKM, chgemeinden, KKJPD, HEKS, SKF, CP, DJS, SOsf, Caritas, UNHCR, ACSP, IGFM, SSV

## Art. 25 Inkasso

### Art. 25 Inkasso

Mit Ausnahme der vom Kanton erhobenen Gebühr für die Entgegennahme des Gesuchs nach Artikel 13 Absatz 3 oder Artikel 14 Absatz 3 werden Gebühren und Auslagen bei Gutheissung des Gesuches zusammen erhoben.

### Zustimmung

**Kantone:** BE Stadt, FR, SO, ZG, GR, SG, TG, UR, FL, VS, GE, AR, BL, AG, JU, SH, NE, ZH, TI, LU

**Parteien:** SVP, Grüne, FDP, Die Liberalen, SP, CVP

**Interessierte Kreise:** VSED, SVZ, Privatperson, SFH, VSJF, Grundrechte.ch, SBAA, EKM, chgemeinden, KKJPD, HEKS, SKF, CP, DJS, SOsf, Caritas, UNHCR, ACSP, IGFM, SSV

## Art. 26 Anwendbarkeit der Allgemeinen Gebührenverordnung

Art. 26 Anwendbarkeit der Allgemeinen Gebührenverordnung  
Soweit diese Verordnung keine besondere Regelung enthält, gelten die Bestimmungen der Allgemeinen Gebührenverordnung vom 8. September 2004.

### Zustimmung

**Kantone:** BE Stadt, FR, SO, ZG, GR, SG, TG, UR, FL, VS, GE, AR, BL, AG, JU, SH, NE, ZH, TI, LU

**Parteien:** SVP, Grüne, FDP, Die Liberalen, SP, CVP

**Interessierte Kreise:** VSED, SVZ, Privatperson, SFH, VSJF, Grundrechte.ch, SBAA, EKM, chgemeinden, KKJPD, HEKS, SKF, CP, DJS, SOSf, Caritas, UNHCR, ACSP, IGFM, SSV

## Art. 27 Informationssystem für Reisepapiere

Art. 27 Informationssystem für Reisepapiere  
Die Berechtigung zur Abfrage und zur Bearbeitung von Daten des ISR nach Artikel 111 AuG sind im Anhang 1 geregelt.

### Zustimmung

**Kantone:** BE Stadt, FR, SO, ZG, GR, SG, TG, UR, FL, VS, GE, AR, BL, AG, JU, SH, NE, ZH, TI, LU

**Parteien:** SVP, Grüne, FDP, Die Liberalen, SP, CVP

**Interessierte Kreise:** VSED, SVZ, Privatperson, SFH, VSJF, Grundrechte.ch, SBAA, EKM, chgemeinden, KKJPD, HEKS, SKF, CP, DJS, SOSf, Caritas, UNHCR, ACSP, IGFM, SSV

## Art. 28 Archivierung der Daten

Art. 28 Archivierung der Daten

<sup>1</sup> Nicht mehr ständig benötigte Daten werden dem Schweizerischen Bundesarchiv zur Archivierung angeboten. Die vom Bundesarchiv als nicht archivwürdig bewerteten Daten werden vom BFM gelöscht.

<sup>2</sup> Die im ISR gespeicherten Daten zu einem Ausweis werden 20 Jahre nach ihrer ersten Speicherung vernichtet, soweit sie nicht im Bundesarchiv aufzubewahren sind. Über die Archivwürdigkeit der Personendaten entscheidet das Bundesarchiv.

### Zustimmung

**Kantone:** BE Stadt, FR, SO, ZG, GR, SG, TG, UR, FL, VS, GE, AR, BL, AG, JU, SH, NE, ZH, TI, LU

**Parteien:** SVP, Grüne, FDP, Die Liberalen, SP, CVP

**Interessierte Kreise:** VSED, SVZ, Privatperson, SFH, VSJF, Grundrechte.ch, SBAA, EKM, chgemeinden, KKJPD, HEKS, SKF, CP, DJS, SOSf, Caritas, UNHCR, ACSP, IGFM, SSV

## Art. 29 Datenschutz

### Art. 29 Datenschutz

<sup>1</sup> Jede ausländische Person kann beim BFM schriftlich Auskunft verlangen, ob Daten über sie im ISR bearbeitet werden.

<sup>2</sup> Die Auskunft erfolgt schriftlich und ist kostenlos. Sie enthält sämtliche im ISR gespeicherten Daten über die Auskunft verlangende Person.

<sup>3</sup> Für die Verweigerung, die Einschränkung oder das Aufschieben der Auskunft gilt Artikel 9 des Bundesgesetzes vom 19. Juni 1992<sup>12</sup> über den Datenschutz (DSG).

<sup>4</sup> Jede Person kann verlangen, dass unrichtige Daten über sie berichtigt werden.

<sup>5</sup> Weitere Ansprüche der Betroffenen richten sich nach Artikel 25 DSG.

### Zustimmung

**Kantone:** BE Stadt, FR, SO, ZG, GR, SG, TG, UR, FL, VS, GE, AR, BL, AG, JU, SH, NE, ZH, TI, LU

**Parteien:** SVP, Grüne, FDP, Die Liberalen, SP, CVP

**Interessierte Kreise:** VSED, SVZ, Privatperson, SFH, VSJF, Grundrechte.ch, SBAA, EKM, chgemeinden, KKJPD, HEKS, SKF, CP, DJS, SOSf, Caritas, UNHCR, ACSP, IGFM, SSV

## Art. 30 Aufhebung bisherigen Rechts

### Art. 30 Aufhebung bisherigen Rechts

Die Verordnung vom 20. Januar 2010 über die Ausstellung von Reisedokumenten für ausländische Personen wird aufgehoben.

### Zustimmung

**Kantone:** BE Stadt, FR, SO, ZG, GR, SG, TG, UR, FL, VS, GE, AR, BL, AG, JU, SH, NE, ZH, TI, LU

**Parteien:** SVP, Grüne, FDP, Die Liberalen, SP, CVP

**Interessierte Kreise:** VSED, SVZ, Privatperson, SFH, VSJF, Grundrechte.ch, SBAA, EKM, chgemeinden, KKJPD, HEKS, SKF, CP, DJS, SOSf, Caritas, UNHCR, ACSP, IGFM, SSV

## Art. 31 Änderung bisherigen Rechts

### Art. 31 Änderung bisherigen Rechts

1. Die Verordnung vom 24. Oktober 2007 über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE) wird wie folgt geändert:

Art. 8 Abs. 2 Bst c Ausländische Ausweispapiere

<sup>2</sup> Bei der Anmeldung muss kein gültiges ausländisches Ausweispapier vorgelegt werden, wenn:

c. die Ausländerin oder der Ausländer einen vom BFM ausgestellten Pass gemäss Artikel 4 Absatz 1 und 2 der Verordnung vom ... 2012 über die Ausstellung von Reisedokumenten für ausländische Personen (RDV) besitzt;

2. Die Verordnung vom 11. August 1999<sup>15</sup> über den Vollzug der Weg- und Ausweisung von ausländischen Personen (VVWA) wird wie folgt geändert:

Art. 26a Erlöschen der vorläufigen Aufnahme

Die vorläufige Aufnahme erlischt nach Artikel 84 Absatz 4 AuG mit der definitiven Ausreise aus der Schweiz. Als definitiv gilt eine Ausreise insbesondere, wenn die vorläufig aufgenommene Person:

- a. in einem anderen Staat ein Asylgesuch einreicht;
- b. in einem anderen Staat eine Aufenthaltsregelung erhält;
- c. sich ohne ein Rückreisevisum nach Artikel 7 der Verordnung vom (neues Datum) 17 über die Ausstellung von Reisedokumenten für ausländische Personen (RDV) oder ohne Pass für eine ausländische Person nach Artikel 4 Absatz 4 RDV länger als 30 Tage im Ausland aufhält;
- d. ohne ein Rückreisevisum nach Artikel 7 RDV oder ohne Pass für ausländische Person nach Artikel 4 Absatz 4 RDV in ihren Heimat- oder Herkunftsstaat zurückgekehrt ist;
- e. über die Gültigkeitsdauer eines Rückreisevisums nach Artikel 7 RDV oder die im Pass für eine ausländische Person nach Artikel 4 Absatz 4 RDV eingeschriebene Gültigkeitsdauer im Ausland verbleibt;
- f. sich abmeldet und ausreist.

### **Zustimmung**

**Kantone:** BE Stadt, FR, SO, ZG, GR, SG, TG, UR, FL, VS, GE, AR, BL, AG, JU, SH, NE, ZH, TI, LU

**Parteien:** SVP, Grüne, FDP, Die Liberalen, SP, CVP

**Interessierte Kreise:** VSED, SVZ, Privatperson, SFH, VSJF, Grundrechte.ch, SBAA, EKM, chgemeinden, KKJPD, HEKS, SKF, CP, DJS, SOsf, Caritas, UNHCR, ACSP, IGFM, SSV

## **Art. 32 Übergangsbestimmung zum Rückreisevisum**

Art. 32 Übergangsbestimmung zum Rückreisevisum

Bis zur vollständigen Inkraftsetzung der Erfassung biometrischer Daten auf dem Hoheitsgebiet der Schweiz im Rahmen des zentralen Visa-Informationssystems lautet Artikel 14:

Art. 14 Verfahren für die Ausstellung eines Rückreisevisums

<sup>1</sup> Wer ein Gesuch um Ausstellung eines Rückreisevisums stellen will, muss bei der zuständigen kantonalen Behörde vorsprechen.

<sup>2</sup> Das Gesuch ist wenn möglich sechs Wochen vor Antritt der beabsichtigten Reise einzureichen.

<sup>3</sup> Artikel 13 Absätze 3 und 4 gelten sinngemäss.

<sup>4</sup> Das BFM entscheidet über die Erteilung eines Rückreisevisums und stellt der gesuchstellenden Person das mit dem Rückreisevisum versehene Reisedokument zu.

### **Zustimmung**

**Kantone:** BE Stadt, FR, SO, ZG, GR, SG, TG, UR, FL, VS, GE, AR, BL, AG, JU, SH, NE, ZH, TI, LU

**Parteien:** SVP, Grüne, FDP, Die Liberalen, SP, CVP

**Interessierte Kreise:** VSED, SVZ, Privatperson, SFH, VSJF, Grundrechte.ch, SBAA, EKM, chgemeinden, KKJPD, HEKS, SKF, CP, DJS, SOsf, Caritas, UNHCR, ACSP, IGFM, SSV

## **Art. 33 Übergangsbestimmung**

Art. 33 Übergangsbestimmung

Für die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung hängigen Verfahren um Ausstellung eines Reisedokuments gilt das neue Recht.



### Zustimmung

**Kantone:** BE Stadt, FR, SO, ZG, GR, SG, TG, UR, FL, VS, GE, AR, BL, AG, JU, SH, NE, ZH, TI, LU

**Parteien:** SVP, Grüne, FDP, Die Liberalen, SP, CVP

**Interessierte Kreise:** VSED, SVZ, Privatperson, SFH, VSJF, Grundrechte.ch, SBAA, EKM, chgemeinden, KKJPD, HEKS, SKF, CP, DJS, SOsf, Caritas, UNHCR, ACSP, IGFM, SSV

VS, NE, KKJPD, soulignent que lorsque le public aura connaissance des adaptations de l'ordonnance, les cantons seront immédiatement confrontés à un afflux de demandes. Il serait dès lors opportun de préciser que l'ensemble des demandes déposées 2 ou 3 mois avant l'entrée en vigueur de la révision totale soit régi par le nouveau droit.

### **Art. 34 Inkrafttreten**

Art. 34 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am ..... in Kraft.

### Zustimmung

**Kantone:** BE Stadt, FR, SO, ZG, GR, SG, TG, UR, FL, VS, GE, AR, BL, AG, JU, SH, NE, ZH, TI, LU

**Parteien:** SVP, Grüne, FDP, Die Liberalen, SP, CVP

**Interessierte Kreise:** VSED, SVZ, Privatperson, SFH, VSJF, Grundrechte.ch, SBAA, EKM, chgemeinden, KKJPD, HEKS, SKF, CP, DJS, SOsf, Caritas, UNHCR, ACSP, IGFM, SSV